

# Schule in der Demokratie – demokratische Schule?

**Wolfgang Beutel  
Anne Volkmann**

**Debattieren, Feedbackkultur, lernförderliche Leistungsbeurteilung, Klassenrat, Schüler\*innenparlament, Schüler\*innenstreitschlichtung und systematische Mediation, Schülerpresse und Medienarbeit, Wahlen, Partizipation, die gute alte SV oder Schülermitverantwortung und andere Stichworte mehr findet man schnell, wenn man heute nach der „Demokratischen Schule“ fragt. Aber reicht das aus? Lösen diese Begriffe das Problem? Und wo genau liegt die Herausforderung, welche die Schule mit der Demokratie hat?**

## Schule und Demokratie - ein ambivalentes Verhältnis

Es ist offensichtlich, dass die Schule und die Demokratie in einem andauernden Spannungsverhältnis zueinanderstehen. Demokratie in der Schule, das geht – zugespitzt gesagt – eigentlich gar nicht. Denn Schule ist, mit einem Wort des Erziehungswissenschaftlers Klaus-Jürgen Tillmann, dann, „... wenn Erwachsene die Anweisungen geben und Heranwachsende sich danach richten müssen“. Es wird jedenfalls schnell deutlich, dass es hier um etwas Kompliziertes geht, für das wir auch gegenwärtig und mit den liberalen Umgangsformen der Moderne keine einfache Lösung parat haben.

Eine andere Position zu dieser Frage lautet wie folgt: Schule ist – so formulieren das die Stimmen aus der Verwaltung gerne – heutzutage grundsätzlich demokratisch! Denn sie ist seit der Reformzeit der 1960er-Jahre und nachfolgend ein rechtlich ausgestalteter Raum. Sie beruht auf differenzierten Landesschulgesetzen, die zusammen mit darauf basierenden Verwaltungsvorgaben auch die Rechte der Beteiligten, von Schülerschaft und Elternschaft eindeutig regeln. Diese Schulgesetze wurden in den Landesparlamenten diskutiert und beschlossen, atmen den Geist der verfassten Demokratie. Aber reicht dieser Atem wirklich aus? Offensichtlich nicht!

Das ist auch der Kultusministerkonferenz bekannt, die erstmals 2009 und in einer erweiterten Fassung erneut im Herbst 2018 eine Empfehlung zur „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ verabschiedet hat. Die Aufgabe der Gestaltung einer demokratischen Schule, soviel wird dabei deutlich, ist auch politisch gewollt. Die KMK setzt jedoch vor allem darauf, dass sowohl die Schulen und damit die dort handelnden Lehrer\*innen als auch vorhandene Kräfte, Initiativen und Bewegungen aus der Zivilgesellschaft dazu beitragen, die Schule als eine demokratische Lernwelt zu gestalten. Sie empfiehlt, die inzwischen etablierten Formen und Methoden demokratischen Lernens zu nutzen wie Peer-to-Peer-Learning, Service-Learning, kommunale Lern- und Bildungsangebote, Demokratietage und Partnerschaften mit außerschulischen Akteuren sowie die Beteiligung an Programmen und Projekten wie dem Wettbewerb Demokratisch Handeln, dem Netz der UNESCO-Schulen, Jugend debattiert oder SOR/SMC und anderen. Zusätzliche Ausstattungsmittel durch Geld oder Lehrer\*innenstunden sind eher nicht zu erwarten. Und die Initiative muss in den Schulen selbst entstehen, ihren Ort sowie hinreichend hierfür engagierte Menschen finden. Insofern unterstützt die KMK die bereits seit den 2000er-Jahren laufende Entwicklung der Selbst-Professionalisierung von Schulen in diesem Bereich.

*Schule ist – so formulieren das die Stimmen aus der Verwaltung gerne – heutzutage grundsätzlich demokratisch!*

## Schule als demokratische Erfahrung?

Jeder von uns hat eine eigene Schulbiografie. Wir alle wissen – und auch die wissenschaftliche Pädagogik gibt dazu genügend Belege –, dass der demokratisch legitimierte Grund der Institution Schule noch lange keine vorbereitete Umgebung für das Erlernen von Demokratie im Einzelfall vor Ort erzeugt. Und das deutsche Bildungswesen hat rund 32.000 solcher Einzelfälle – rund die Hälfte davon sind Grundschulen. Die ande-



re Hälfte bildet das Sekundarschulwesen. Wie stark dort jeweils die „demokratische Qualität“ ausgeprägt ist und in welchen der schulischen Schwerpunkte diese Qualität zu finden ist, das ist sehr unterschiedlich. Es hängt wesentlich von der einzelnen Schule selbst ab. Keinesfalls sind die Erfahrung von Anerkennung, Teilhabe und Demokratie und damit die basalen Grundbestände für die Förderung demokratischen Lernens und demokratischer Handlungskompetenz auf dem formalen Wege parlamentarisch legitimierter Schule garantiert. Die Schule als eine auch für das Lernen von Demokratie und Teilhabe gehaltvolle Umgebung und Lebenswelt zu gestalten, das ist eine Aufgabe mit professionellem Anspruch und nicht die Folge einer politischen Ansicht oder Meinung. Durch guten Willen oder erprobte Routinen des Lehrer\*innenhandelns alleine ist dies nicht zu leisten.

Ein anderes kommt hinzu: Die Schule erreicht alle Menschen in unserer Gesellschaft, in den ersten vier Jahren auch als „Gesamtschule“ ohne äußere Leistungsdifferenzierung. Und wir wissen, dass Demokratie keine natürliche Gabe des Menschen ist, sondern gelernt und erfahren werden muss. Überdies formulieren alle 16 Landesgesetze in ihren Präambeln und Eingangsbestimmungen die Aufgabe der Erziehung zur „Mitbürgerlichkeit“ und verantwortlichen Mitwirkung in der Demokratie und der offenen Gesellschaft – in sprachlich unterschiedlicher Form zwar, aber prinzipiell übereinstimmend – als eine Aufgabe und Zielbestimmung von Schule. Dabei wird diese an alle Lehrkräfte delegiert und nicht alleine den Fächern des sozialwissenschaftlichen Bereichs oder der politischen Bildung im fachlich engeren Sinne zugewiesen, wie dies oftmals in den Schulen selbst gesehen wird.

### **Schule ist und bleibt politisch - weshalb also nicht auch demokratisch?**

Die deutsche Schule ist und bleibt ein Politikum. Es ist dem Staat nicht gleich, wie das Lernen in der Schule organisiert ist. Bildungspolitik ist zwar, fragt man engagierte Politiker\*innen und Parteimitglieder der großen demokratischen Parteien, ein wenig dankbares Thema für Wahlprogramme und Wahlkämpfe. Sie ist gleichwohl eines der wesentlichen Kennzeichen staatlicher Gewalt und hoheitlicher Exekutive gerade für die Landespolitik. Bisweilen gewinnt man den Eindruck, die Staatsqualität der Länder in unserer födera-

len Republik entfaltet sich vor allem in der Politik der Landeskultusministerien.

Das gilt nicht nur aufgrund der schieren Größe des Gesamtsystems „Bildung“. Das hat seinen Grund auch in der Bedeutung der modernen Schule für die industrielle und postindustrielle Gesellschaft. Zentral hierbei ist das die Schule prägende Berechtigungswesen, das Zeugnisse, Zensuren und das dahinter liegende System der Leistungsbeurteilung an Ansprüche auf staatliche Ausbildung insbesondere durch ein Hochschulstudium bindet. Dabei werden im gegliederten Schulsystem die damit verknüpften Laufbahn- und Lebenschancen bereits früh wirksam – spätestens mit dem Übergang von den Primarschulen in die weiterführenden Schulen wird das Berechtigungswesen sichtbar. Es ist zugleich auch die Struktur und der Schlüssel zu der das deutsche Bildungswesen besonders prägenden Herausforderung der sozialen Ungleichheit und der mangelhaften Chancengerechtigkeit.

Es ist keine Frage politischer Entscheidungen im Einzelfall, wer die Chance erhält, ein Hochschulstudium zu absolvieren und wer nicht. Das entscheidet sich letztlich in der Schule und zuvor schon im gesamten sozialen Umfeld, das die Bedingungen der Kinder und Jugendlichen für das Lernen in der Schule grundlegend mitbestimmt, sich staatlicher Regulierung allerdings entzieht. Gleichwohl kann keine sozial orientierte demokratische Gesellschaft an der Frage der Chancenungerechtigkeit unberührt vorbeigehen. Das „gegliederte“ Schulsystem unseres Landes ist nachweislich der regelmäßigen empirischen Studien im internationalen Vergleich – von der OECD-Erhebung „Bildung auf einen Blick“ bis zu PISA – bis heute nicht in der Lage, die bildungsbegrenzenden Bedingungen sozialer Herkunft auszugleichen. Chancengerechtigkeit aber ist in der modernen Demokratie eine Grundbedingung für einen stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das muss immer wieder betont werden, zumal gerade die Integrierte Gesamtschule bereits in den 1960er-Jahren als „demokratische Leistungsschule“, also als Institution, die die Fähigkeiten und Fertigkeiten aller Kinder und Jugendlichen unbesehen von deren Herkunft und sozialem Kapital zur Entfaltung bringen sollte, konzipiert und möglicherweise auch idealisiert worden war. Die Gesamtschule hat sich nicht flächendeckend durchsetzen lassen,

ob sie dieser Aufgabe umfassend gerecht werden könnte, lässt sich deshalb gar nicht eindeutig sagen. Die Hoffnung allerdings, dass sie dieser demokratiepolitischen Herausforderung gerecht werden kann als das vorhandene mehrgliedrige System, ist hinreichend begründbar.

### **Demokratiepädagogik heißt: Schule demokratisch kultivieren**

Um in der Schule Demokratie lernen zu können, muss diese demokratisch kultiviert werden. In ihrer institutionellen Natur liegt ein anderer Kern als der von Freiheit, Gleichheit, Selbstständigkeit und Mitbestimmung aller an allem – um hier mit einer ungefähren Bestimmung von Demokratie zu argumentieren. Das hat zum einen mit der Geschichte der Schule zu tun, zum anderen mit ihrer Aufgabe im Institutionengefüge in den modernen Demokratien der westlichen Gesellschaften.

Nochmals sei betont, dass die Schule von sich aus nicht demokratisch ist. Der Pädagogik in Wissenschaft und Praxis ist zwar einiges aus der Welt der Schule bekannt, was demokratisches Lernen fördern und ermöglichen kann. Die Schulforschung zeigt aber auch, dass man in der Schule potenziell vieles erfahren und lernen kann, was kaum zur demokratischen Bildung beiträgt – ganz im Gegenteil: Repression, Ausgrenzung, unkontrollierte und asymmetrische Macht, Mobbing, intransparente und ungerechte Leistungsbeurteilung, Gewalt und soziale Vereinsamung sind nur wenige Stichworte des Arsenal nicht nur einer "schwarzen Pädagogik", sondern vielfältiger institutionell und sozial bedingter Nebeneffekte, die Schule, so sie den Anspruch der Demokratie als Lern- und Erfahrungsziel erhebt, reduzieren, überwinden oder gar vermeiden muss. Es kommt hinzu, dass der Schulbesuch in Deutschland nicht auf eigenem Entschluss der Lernenden beruht, sondern auf einer gesetzlichen Pflicht, die tief und zeitungsfreich in das Leben von Kindern, Jugendlichen und letztlich auch Eltern eingreift. Andererseits ist die Schule ein hochgradig rationalisierender Ort organisieren Lernens, idealiter recht effizient und zudem für die Reproduktion der Gesellschaften in der Moderne unumgänglich. Sie beeinflusst dabei die Verteilung von Einkommen sowie Mobilität und sie reguliert zwangsläufig Lebenschancen. Wie aber kann es dann aussehen, Demokratie in der hierfür eher ungeeigneten Institution als Lernmöglichkeit und Erfahrungswelt zu etablieren?

### **Mittel und Wege zur demokratischen Schule**

Eingangs wurde eine Reihe inzwischen bewährter Handlungsformen, Instrumente und Methoden angesprochen, die die demokratische Kultur der Schule als Lernumgebung und Lebenswelt fördern können. Zweifelsohne ist das praktische Engagement, das sich mit Lernen etwa in einer gelingenden Projektdidaktik entfalten lässt, im Handeln von Schüler\*innengruppen ein Weg dazu, demokratische und politisch gehaltvolle Erfahrungen mit dem eigenen Lernen zu verbinden: Das kann die Ökologie-AG sein, die im Stadtrat sich zu Bebauungsplänen äußert. Das kann der Flashmob einer Integrationsgruppe sein, die sich um Geflüchtete vor Ort und deren Anerkennung kümmert. Zahlreiche gute Praxisbeispiele liegen vor und sind hinreichend dokumentiert. Aber Projekte sind nicht alles. Andere Elemente - vom Klassenrat bis zum Schüler\*innen-Feedback – müssen hinzutreten.

*Schule ist nicht von sich aus demokratisch, sie muss demokratisch kultiviert werden.*

Es gibt inzwischen viele Schulen, die hierbei herausragende Erfolge erzielen und dokumentieren, wie das der Wettbewerb Demokratisch Handeln und auch der Deutsche Schulpreis eindrucksvoll belegen. Jedoch bewegen sich in den inzwischen etablierten Netzwerken solcher Wettbewerbe, Qualitätsverbände oder Qualifizierungsstrategien, wie sie etwa der Verbundwettbewerb „Jugend debattiert“ etabliert hat, zwar zahlreiche Schulen. Aber es ist eben nicht die große Masse und dieses Engagement entspringt schulindividuellen Impulsen und Entwicklungen. Zugleich ist das Schulwesen sehr groß und benötigt auch in dessen Fläche hinein Impulse, um eine zeitstabile Qualitätsveränderung zur demokratischen Schulentwicklung im Ganzen zu erreichen. Hierfür muss sowohl die Professionalisierung als auch die Forschung zur Demokratie in Schule und auch in der non-formalen Bildung intensiviert, man muss besser sagen: erst einmal etabliert werden.

### **Schule und Staat müssen zusammenwirken**

Bislang entwickelt sich – so die Summa dieser Betrachtung – die aktuelle demokratische Schule aus den Schulen heraus selbst. Sie ist dabei hochgradig individuell und wird von freien Initia-

tiven, Vereinen, der Stiftungswelt unterstützt – sie entspringt im Wesentlichen einem bürgerschaftlichen Impuls. Alle Projekte und Projektnetzwerke sowie die darin beteiligten Schulen benötigen – soll daraus ein wirksamer Schulentwicklungs- und Reformimpuls werden – mittelfristig größere und verlässliche Formen der Unterstützung, als dies bislang der Fall ist.

Dies gilt insbesondere dann, wenn Demokratie lernen und demokratische Schulentwicklung im Bildungswesen in die Breite wirken sollen. Das wiederum ist, folgt man alleine der eingangs genannten KMK-Empfehlung, durchaus erwünscht – und es ergibt sich zudem aus den Grundprinzi-

pien der liberalen Demokratie und einer aufgeklärten, vitalen Bürgergesellschaft, die zu einer solchen Demokratie gehört: Die Verbindung von Lernen und Handeln – also eine durch Engagement und Erfahrung aufgeklärte Bildung kann perspektivisch zum Korridor demokratischer Schulentwicklung werden, aber nur, wenn der Staat auf allen drei Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden unterstützend, verlässlich und zeitstabil Förderung ermöglicht und mitwirkt – denn auch hier gilt: Bildung und Schule ist aus guten Gründen in der Demokratie eine Staatsaufgabe, bei der die Bürgergesellschaft sich allerdings engagiert beteiligen sollte.

#### Zur weiteren Information:

- Vielfältige Hinweise zur demokratischen Schule und Schulentwicklung gibt die Webseite der „Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V.“- [www.degede.de](http://www.degede.de)
- Seit 2021 erscheint das „Jahrbuch Demokratiepädagogik“ mit Praxisberichten, wissenschaftlichen Impulsen und fachlichen Diskussionen im Wochenschau-Verlag. Zuletzt 2020 mit dem Band 7: Berkessel, Hans et al.: „Demokratie als Gesellschaftsform“, Wochenschau-Verlag, Frankfurt/M.
- Ein „Handbuch Schülerwettbewerbe zur Demokratiebildung“ (Hrsg.: Beutel, Wolfgang/ Tetzlaff, Sven, 2018 ebenfalls im Wochenschau-Verlag) informiert über sieben einschlägige Angebote von „Jugend debattiert“ ([www.jugend-debattiert.de](http://www.jugend-debattiert.de)) bis zu „Demokratisch Handeln“ ([www.demokratisch-handeln.de](http://www.demokratisch-handeln.de))
- Im Wochenschau-Verlag erscheint im Laufe des Jahres 2021 ein „Handbuch Demokratiepädagogik“ (Hrsg.: Beutel, Wolfgang et al.)
- Aufgegriffen hat das Thema zudem die „Deutsche Schulakademie“ mit Projekten wie einer Werkstatt, einem Forum und einer Positionsbestimmung zum Thema „Demokratie leben und lernen“ ([www.deutsche-schulakademie.de/aktuelles/neue-positionierung-demokratie-lernen-und-leben](http://www.deutsche-schulakademie.de/aktuelles/neue-positionierung-demokratie-lernen-und-leben))
- Infos und Fortbildung zum Service-Learning gibt die Stiftung „Lernen durch Engagement“ ([www.servicelearning.de](http://www.servicelearning.de))
- „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018): [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss\\_Demokratieerziehung.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf)